



Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International **öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 80

Kürzer Arbeiten, voller Lohn!

Insgesamt sind derzeit über 300.000 als erwerbslos gemeldet. Dazu kommt noch eine Dunkelziffer von weiteren 100.000 Arbeitslosen, so wird die Dramatik der Situation deutlich. Außerdem gibt es 166.000 Geringfügig-Beschäftigte, von denen die meisten eigentlich einen Vollzeit-Job bräuchten. Politiker verweisen oft auf den (geringfügig steigenden) Beschäftigungsgrad in Österreich. Doch "neue" Arbeitsplätze sind meist nur in schlechtbezahlten Teilzeitjobs verwandelte ehemalige Vollzeitarbeitsplätze. "Der Arbeitsmarkt wird atomisiert" hat Johanna Dohnal richtigerweise gesagt.

Michael Gehmacher,
SOV-Gewerkschaftsspecher

„1998 kommt der Aufschwung am Bau“, titelte ein STANDARD-Artikel vom 22.11.1996. Die Tageszeitung zitierte den Präsidenten der Vereinigung Industrieller Bauunternehmer Österreichs und PORR-Chef, Horst Pöchlhammer. Wie immer vor der Jahreswende machten sich Unternehmer und bürgerliche Wirtschaftsforscher auf, um einen „Aufschwung“ zu versprechen. Gerade im Baubereich war das besonders zynisch, denn die Zahl der Arbeits-suchenden hat hier erstmals die 100.000er Grenze erreicht. Die Seifenblase von den neuen Jobs durch neue Technologien zerplatzt rasch. So mußte z.B. das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO bekannt geben, daß 1998 4000 Arbeitsplätze im Telekommunikationsbereich verloren gehen. Auch die Vorhersage, neue Jobs im Handel durch die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten zu schaffen, erwies sich als Lüge. Daß Arbeitszeitverkürzung in Zeiten wie diesen auf der Tagesordnung stehen sollte, erkennen immer mehr Menschen. Wie falsch das Argu-

ment, „die Wirtschaft kann sich das nicht leisten“, ist, wird angesichts steigender Unternehmergewinne, immer offensichtlicher.

Der Druck aus der Bevölkerung hat die „Linksregierungen“ von Italien und Frankreich dazu gebracht, die Einführung der 35-Stunden-Woche zu versprechen. Gut, aber zu wenig, da der Effekt dieser Maßnahme durch die geplante Flexibilisierung der Arbeitszeiten verpuffen würde. Die Gewerkschaft der Privatgestellten springt in ihrer Zeitung „Kompetenz“ auf diese Initiative auf. In der Jänner-Ausgabe bezeichnet Zentralsekretärin Stein eine Arbeitszeitverkürzung „als überfällig“. Zu recht klagt die „Kompetenz“ hier auch die bürgerlichen Medien an. Der Kurier erwies sich als besonders treuer Diener seiner Herren (Media-Print und Raiffeisen): Er zitiert den Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Fritz, der wenig Freude mit der Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung hat: „Österreich habe vor allem ein Problem mit älteren Arbeitslosen, weshalb die Industrie auch bereit sei, in Richtung Gleitpension und Altersteilzeit etwas zu tun.“ Kein Wunder, die Zeche dabei

zahlt die Sozialversicherung, wie die „Kompetenz“ richtig bemerkt. Enttäuscht ist man von GPA-Vorsitzenden Sallmutter. Er findet zur Frage „voller Lohnausgleich: ja oder nein“ keine klaren Worte und verlangt „vernünftige und kreative Modelle“. Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ist aber nichts anderes als Kurzarbeit mit Lohnverlust.

Abgesehen von den sozialen Auswirkungen von Lohnkürzungen, ist Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich kaum jobwirksam. Das - leider sogar jüngst in der KPÖ-Volksstimm - „gepiresene“ VW-Modell zeigt das deutlich. 1994 wurde eine 28,8 Stunden-Woche bei VW eingeführt, auf das Jahr gerechnet mußten die Beschäftigten einen 20 %igen Lohnverlust hinnehmen. Im Gegenzug wurde eine Arbeitsplatzgarantie im Tarifvertrag vereinbart. Die 28,8 Stunden-Woche steht am Papier. 1997 wurden 11 Millionen Überstunden gemacht... Im Werk Emden betrug die wöchentliche Arbeitszeit 33 Stunden, in Braunschweig 35,1 und in Hannover 35,6. VW strebt in den nächsten 5 Jahren eine Produktivitätssteigerung von 35 % an. Dazu sollen trotz Rekordgewinn von 8 Milliarden DM 15.000 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bleibt der zentrale Ansatz. Die uralte ÖGB-Forderung nach der 35-Stundenwoche hinkt hinter der europäischen Diskussion hinterher. Gefordert werden 30-Stunden-Woche oder 6 Stunden-Tag. Österreich spielt



durch die totale Flexibilisierung (also defacto Verlängerung) der Arbeitszeiten eine negative Vorreiterrolle. Es gilt den Spieß umzudrehen und eine internationale Bewegung für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn auf die Beine zu stellen.

Aus dem Inhalt:

Seite 2
Interview mit Martin Wabl

Seite 3
Stronach kauft Steyr

Seite 4/5
Gegen das "Schwarzbuch des Kommunismus"

Seite 7
Frankreichs Arbeitslosenproteste

Seite 8
Sieg der MieterInnen

Familienbesteuerung: Wem nutzt was?

Seit Wochen diskutieren SPÖ und ÖVP über die Reform der Familienbesteuerung. Einhellig wird verlautbart: Die Familien sollen mehr als bisher unterstützt werden.

von Claudia Sarger,
SOV Wien Ost

Ihren Ausgangspunkt nahm die Debatte anlässlich der Beschwerde eines dreifachen Familienvaters nach der der Verfassungsgerichtshof (VfGH) erklärte, daß die zu Unterhaltsleistung verpflichteten Steuerpflichtigen gegenüber nicht unter-

haltspflichtigen Personen diskriminiert werden. Deshalb sollen die Unterhaltszahlungen für Kinder zur Hälfte steuerfrei sein. Davon profitieren würden gutverdienende Alleinverdienerefamilien, sozialer Staffelung würde entgegengewirkt und damit wären reiche Familien über das Steuerrecht überproportional begünstigt.

SPÖ und ÖVP betreiben nun, wenn auch mit verschiedenen Positionen, viel Aufwand (im Gegensatz zu den Forderungen des Frauenvolksbegehrens) das VfGH-Urteil umzusetzen. Die ÖVP will generell Familien mit mehreren Kindern verstärkt fördern, die Mehrkinderstaffel beibehalten und den Kinderabsetzbetrag um öS 500,- erhöhen und das aus dem Budget finanzieren. Die SPÖ will zusätzliche Förderung nur für einkommensschwache Familien mit mindestens drei Kindern und die

Familienbeihilfe in zwei Stufen um öS 500,- erhöhen und das benötigte Geld teils aus FLAF, teils aus Budget aufbringen.

Die erst kürzlich durchgeführten „Einsparungen“ werden nicht angestastet. Denn durch die Sparpakete 1 und 2 wurde schon eine Umschichtung zu Lasten einkommensschwacher Familien und Alleinerzieherinnen vorgenommen. Familienbeihilfen und Freifahrten wurden gekürzt, das erhöhte Karenzgeld wurde abge-

Fortsetzung auf Seite 2

Der Standpunkt

Ein Jahr Klima: Die Bilanz ist positiv!

„Vertrauen Sie Viktor Klima?“, fragten wir im Vorwärts vor rund einem Jahr. Laut Meinungsumfragen haben heute bis zu 82 Prozent der ÖsterreicherInnen eine gute Meinung vom amtierenden Kanzler. Gleichzeitig scheint die FPÖ in einer Sinnkrise zu stecken, an deren Ende sogar Haider „Ausstieg“ (in die Funktion des Kärntner Landeshauptmannes?) stehen könnte. Haben also jene, die - im Gegensatz zu uns - Viktor Klima „vertrauen“, Recht behalten? Zweifellos war und ist Klima in gewissem Sinne erfolgreich. Wenn in einer Zeitung der deutschen Handelskammer unter der Headline „Steuerparadies Österreich“ darüber gejubelt wird, daß in Österreich „einem Unternehmen praktisch doppelt so viel von seinem Gewinn bleibt, wie in Deutschland“, ist das auch ein „Erfolg“ Klimas.



von John Evers

Klima punktet aber auch mit medialen Fähigkeiten. Mit ihm wurde es - wie es der Wiener SPÖ-Vorsitzende Häupl ausdrückte - sofort „wärmer“. Kraft dieser Warmherzigkeit gelang es Klima, einen der größten Skandale in der Geschichte der 2.Republik genauso schnell wieder aus den Schlagzeilen zu bringen, wie dieser dorthin gekommen war. Gemeint ist der Selbstmord des Bankiers Praschak, der in seinem Abschiedsbrief immerhin hochrangige SPÖ-Politiker für seinen Tod verantwortlich machte. Solche „Schnitzer“ kratzten zwar am Image, aber selbst für „Krone“ und „Die Presse“ bleibt die Bilanz positiv: (Anti-) AusländerInnenpolitik, „Spar“pakete und Pensions-(Konten)-Reform sind seine großen Pluspunkte.

Klimas Macherimage ist davon geprägt, daß es SPÖ-Politiker sind, die im Moment die wesentlich offensivere bürgerliche Politik formulieren. Auf der anderen Seite der Bilanz steht - natürlich neben den sozialen Folgen -, daß der Wandlungsprozeß der SPÖ Richtung „stinknormaler“ bürgerlicher Partei radikal weiterschreitet. In der Sozialdemokratie findet nicht nur ein Zusammenbruch bzw. Wegbrechen traditioneller Strukturen und WählerInnen-schichten statt. Sondern es werden auch, wenn auch sehr begrenzt, neue Leute angesprochen und eingebunden. Diese Tendenz drücken „QuereinsteigerInnen“ auf allen Ebenen aus, die mit Begriffen wie „Klassenwiderspruch“, „gewerkschaftlicher Kampf“ oder gar „Sozialismus“ nicht einmal verbal mehr etwas am Hut haben. Die Bestellung von Andreas Rudas zum Bundesgeschäftsführer und die bisherigen Vorschläge für ein neues SPÖ-Programm, welches de facto bar jeder Kapitalismuskritik sein wird, weist in diese Richtung. Von zwei Seiten - durch die Rolle der SPÖ beim sozialen Kahlschlag und durch die politische und organisatorische Orientierung der Partei - „überlassen“ Klima & Co. die ArbeiterInnenklasse anderen politischen Kräften. Das bedeutet aber auch, daß das (verlässliche) soziale Fundament der SPÖ nicht mehr vorhanden ist und Klimas momentaner Höhenflug schon durch kleinere Krisen jäh zum Absturz gebracht werden könnte. Kein Wunder also, daß die bürgerlichen Medien insgesamt eine positive Bilanz über Klima ziehen. An und für sich wäre diese Entwicklung aber auch für uns nicht unbedingt ein Grund zur Traurigkeit. Aber solange die Linke weiter in erster Linie Handlungsunfähigkeit demonstriert, wird sich das Klima in Österreich - ob mit Schulterklappen, Mascherl oder blauem Schal - weiter nach rechts verschieben.

Fortsetzung von Seite 1

schafft, die Geburtenbeihilfe gestrichen und der 2-jährige Karenzurlaub an die Aufteilung zwischen den Elternteilen gebunden. Letzgenannte Maßnahme bedeutet eine eindeutige Diskriminierung alleinstehender Mütter oder (in selteneren Fällen) Väter, da sie generell nur mehr einhalb Jahre Karenzurlaub in Anspruch nehmen können. Die durchgeführten Sparmaßnahmen zeigen schon jetzt Auswirkungen. So sind z.B. durch die Kürzung der Geburtenbeihilfe die Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen drastisch zurückgegangen. Laut Aussage des Frauenministeriums fehlen in Österreich 200.000 Kinderbetreuungsplätze. Durch die Streichung des 2.Karenzjahres wurde die Schaffung von schätzungsweise weiteren 40.000 Kinderbetreuungsplätzen notwendig. Alleinerziehende Mütter werden

somit verstärkt vom Arbeitsmarkt gedrängt, wenn sie nach dem Karenzurlaub keinen Betreuungsplatz für ihr Kind haben.

Auf dieser Grundlage muß die Familienbesteuerungsdebatte betrach-



Doppelbelastung für Frauen

tet werden. Denn auch wenn sich SPÖ und ÖVP uneinig über die Umsetzung zeigen, bleibt die tendenzielle Ausrichtung die gleiche, da von den bereits durchgeführten Einsparungen nichts zurückgenommen und somit an der ungerechten Verteilung familienpolitischer Leistungen nicht gerüttelt wird.

Impressum:
 Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:
 Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
 Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien; Kaiserstr. 14/11
 Die SOV ist eine politische Partei, deren Vertretung nach
 Wahl durch den Bundespräsidenten John Evers erfolgt, der
 ebenfalls die Redaktion der Zeitung „Vorwärts“ innehat.
 Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne
 der Programmatik der SOV
 Auflage: entsprechend der Themen unterschiedlich
 Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11
 Weiters zu 100 % befindet sich im Besitz der SOV die so-
 zialistische Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“
 Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
 Herstellung und Verlagsort: Wien

BundespräsidentInnenwahl 1998

„Linker“ Wabl?

Martin Wabl, Klubchef der steirischen Grünen, hat sich als weiterer Kandidat für die BundespräsidentInnenwahl ins Rennen gebracht. Ist er der langersehnte Kandidat der Linken?



Präsidenschaftskandidat Wabl

Vorwärts: Sie kommen ursprünglich aus der SPÖ und haben in News gesagt, Sie stünden noch zu diesen Werten. Was bedeutet das?

Wabl: Die Prinzipien der Sozialdemokratie - Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität - die gelten für mich immer noch! Vor allem Ökologie und Basisdemokratie sind mir aber in der SPÖ zu kurz gekommen und waren daher auch Gründe für meinen Wechsel zu den Grünen. Heute liegen meine Schwerpunkte auch bei der Gewaltfreiheit und bei sozialen Fragen. Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der Neutralität und gegen die Nato. Zu den sozialen Fragen muß ich v.a. eines sagen: Der Gegensatz zwischen dem, was in diversen Programmen steht, und dem, wie die Realität ist, ist groß. Für mich ist die Einkommensverteilung eine zentrale Frage. Hier ist die Einkommensschere in den letzten Jahrzehnten noch weiter auseinandergegangen! Das Pensionssystem z.B. ist ungerecht, benachteiligt Frauen. Ich stehe hier für eine Mindestpension.

V: Wie wollen Sie das ändern?

W: Als Bundespräsident kann ich

nicht direkt - z.B. in das Pensionssystem - eingreifen, sondern nur über den Diskussionsprozeß. Tatsache ist aber, daß der soziale Friede in Frage gestellt ist, wenn die Einkommensgerechtigkeit nicht stimmt. Ich bin für einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Berufstätigen und dafür, daß der Staat seine Gestaltungsmöglichkeiten nutzt.

V: Wie wollen Sie das erreichen?

W: Dazu braucht es eine neue Generation von Politikern, die diese Dinge auf gesetzlicher Ebene ändert. Und dann gibt es noch in verschiedenen Initiativen, in Bewegungen viele Leute, die da was ändern wollen.

V: Wen wollen Sie ansprechen?

W: Ich möchte v.a. jene Leute ansprechen, die sozial, christlich und fortschrittlich orientiert sind. Den radikalen Strömungen erteile ich eine klare Absage.

V: ...auch den Linken?

W: Linke sind für mich nicht „radikal“. Linke wollen die Gesellschaft verändern in Richtung mehr Gleichheit und Gerechtigkeit. Ich stehe selbst Mitte-Links.

Die SOV hat zur „Linken Kandidatur“ bereits eine Veranstaltung im Dezember '97 mit NR Öllinger (Grüne), A.Kohlbacher (Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ) und W.Stiefsohn (KPÖ) gemacht. Inhaltlich war ein Konsens schnell erreicht: Gegen NATO-Beitritt, Sozialabbau und für die Erfüllung des Frauenvolksbegehrens. Konkret signalisierte aber Öllinger, daß der Zug Richtung linker Kandidatur eigentlich abgefahren sei, „außer es käme ein Signal von unten“. Kohlbacher sah das Hauptproblem darin, eine/n geeignete/n KandidatIn zu finden. John Evers (SOV) betonte die Bereitschaft der SOV, eine linke Kandidatur zu unterstützen. „Die wesentliche Verantwortung dafür liegt aber bei Menschen wie Kollegen Öllinger oder Genossen Kohlbacher. Sie werden von tausenden Linken in der SPÖ und den Grünen als linke Repräsentanten betrachtet.“ In dieser Tradition linker Diskussion sehen wir unsere Veranstaltung mit Martin Wabl am 12.2.97. Nebenstehendes Interview läßt wichtige gemeinsame Punkte (Mindestlohn, Anti-NATO,...), aber auch grundsätzliche Differenzen („Mitte-Links-Kandidat“, Betonung christlicher Elemente...) erkennen. Wir erwarten eine spannende Diskussion.

Grazer Wahl

KP-Sieg zur rechten Zeit

„Die KPÖ ist die wirkliche Siegerin“, meinte der steirische ÖVP-Landesgeschäftsführer Lopatka. Der Einzugs von KP-Spitzenkandidat Ernst Kaltenegger in die Stadtregierung, ebenso die 7,9 Prozent - die KPÖ ist damit so stark wie Grüne und LIF zusammenstellen eine mediale Sensation dar.

von Isa Braier
 SOV Wien Ost

Sowohl die SPÖ wie die ÖVP-Spitze versuchten, die bundespolitische Bedeutung der Wahlen in der zweitgrößten Stadt Österreichs herunterzuspielen. Tatsächlich aber entspricht nur das Abschneiden der KPÖ nicht dem Bundestrend. Erstmals seit langer Zeit kam es in Österreich bei einer relevanten Wahl nicht zu einem Rechtsruck, sondern zu einer echten Polarisierung: „Die Stimmen gingen nach rechts und links und nach unten an die Nichtwähler verloren“ (Schachner-Blazizek, steirischer SPÖ-Chef).

Die Freiheitlichen, die nun Anspruch auf den BürgermeisterInnen-sessel erheben, gelang es, mit besonders heftigen Attacken gegen AusländerInnen, sozial Schwache und die „Wehrmachtsausstellung“ zu siegen. Sie wurden auch nicht müde, zu betonen, daß es ihnen gelungen sei, die Errichtung eines Obdachlosenheimes zu verhindern. Die regierende SPÖ hatte dem außer einigen moralisierenden Sprüchen nichts entgegengesetzt. Anders die KPÖ-Graz. Durch zähe Kampagnenarbeit haben die GenossInnen das Thema Wohnen und Mietwucher zu „ihrem“ Thema gemacht. Die wichtigsten Ergebnisse gab es schon 1997: Durch ein

V: Sind Sie der linke Kandidat für die Linke?

W: Ich sehe mich als Mitte-Links-Kandidat mit Veränderungswillen für eine bessere Gesellschaft. Ich bin auch Christ. Aber gegen Krenn und für Stecher. Ich bin zwar Katholik, würde mich aber als Christ bezeichnen, da die Stellung der katholischen Kirche, insbesondere zu Frauen, mehr als problematisch ist. Ich bin auch ein Kandidat für die Frauen. Ich stehe für ein christlich-sozialdemokratisches Menschenbild in Einheit mit der Schöpfung.

V: Wie sehen Sie die Entwicklung der Grünen in den letzten Jahren, die mit der Wahl Van der Bellens einen neuen Höhepunkt erreicht hat?

W: Ich sehe Van der Bellens positiv. Er bringt eine neue Ehrlichkeit und neuen Idealismus und Realismus.

V: Und EU bzw. Maastricht?

W: Da bin ich mit Van der Bellens nicht deckungsgleich. Aber dafür muß Platz bei den Grünen sein. Wenn ich gut abschneide, ist das auch ein Zeichen, daß Platz für den sozialen Flügel bei den Grünen ist.

V: Und wann nicht?

W: Das wird nicht sein!

Veranstaltung:
 Martin Wabl
 Ist er der Kandidat für die Linke?
 Donnerstag, 12.2. 19 Uhr
 Amerlinghaus, 7., Stifft. 8

Wohnungsvolksbegehren ist es gelungen, eine Belastungsobergrenze für Sozialwohnungen zu erreichen. Die Grazer KPÖlerInnen - allen voran Ernst Kaltenegger - haben sich als ExpertInnen und vor allem als kompromißlose KämpferInnen für die Interessen der sozial Schwachen einen Namen gemacht und sind weit über ihren WählerInnenbereich bekannt und akzeptiert.

Das Resultat der KPÖ in Graz ist von bundespolitischer Bedeutung: Es beweist, daß linke Alternativen angenommen werden - wenn sie existieren - und der FPÖ etwas entgegengesetzt werden kann. Bleibt zu hoffen, daß die KPÖ-Graz ihre neue Stärke - vor allem auch ihren Stadtratsposten - als Plattform für beharrliche, linke Oppositionspolitik benutzt und damit in der Lage ist, auch über die Stadtgrenzen hinaus, ein Signal und Beispiel zu setzen.

Der lange Ausverkauf des Steyr-Konzerns

Ein Geschenk für Stronach

Nach zwölf Jahren intensiver "Sanierungspolitik" wurde Steyr Daimler Puch über Nacht an den Autozulieferriesen Magna verkauft. Hinter dem Magna Konzern steht ein alter Bekannter der österreichischen Politik und Wirtschaft - Frank Stronach. Der machte in den letzten Monaten durch seine Monster-Freizeitprojekte wie der Kugel in Ebreichsdorf oder dem Erlebnishotel am Wörthersee auf sich aufmerksam. Nebenbei war er noch wirtschaftlicher Berater Vranitzkys, und zur Freude der Medien ist Stronach auch noch gebürtiger Österreicher.

von Ali Kropf,
SOV-Wien Süd

1986, am Beginn der großen "Umstrukturierungs- und Sanierungsphase" (die nie abgeschlossen wurde), stand die Aufsplitterung des Steyr-Konzerns in möglichst viele kleine Einzelteile. Kurz darauf ging die Konzernleitung der damals noch mehrheitlich verstaatlichten CA-Bank daran, einzelne Teile zu verkaufen. Den Anfang machte die Fahrräder- und Mopedproduktion, die an Piaggio verkauft wurde. Es folgte der Verkauf der Lastkraftwagen (Steyr Nutzfahrzeuge) an MAN, die Wälzlager an den schwedischen Kugellagerriesen SKF, der hochprofitablen Steyr Fahrzeugtechnik zu 50 % an die CA, der Steyr Landmaschinen an den US-Konzern Case und der Busproduktion an Volvo. Neben der schleichenden Privatisierung wurde auch rationalisiert und

bei der Belegschaft gekürzt. So sind circa die Hälfte der Jobs seit 1986 vernichtet worden, und die Beschäftigten mußten mit Zustimmung der Gewerkschaft eine "Spar- und Sanierungswelle" nach der anderen über sich ergehen lassen. So wurden unter dem neuen Vorstandschef Streicher so ziemlich alle Betriebsvereinbarungen - wie Wohnungsunterstützung oder Waschgeld für die Arbeitskleidung - gekündigt. Streichers "Erfolgsbilanz" kann sich sehen lassen, denn alleine in seinen ersten 18 Monaten wurden 2000 Arbeitsplätze vernichtet. 1996 schrieb der Konzern mit 67 Millionen Schilling Bilanzgewinn wieder Schwarze Zahlen, und im ersten Quartal des Jahres 1997 erhöhte sich der Umsatz nochmals um satte 45 % gegenüber 1996. Damit war der Weg frei für die Privatisierung jener Teile, die sich noch in mehrheitlichem Besitz der CA befanden. Am 10.

Jänner gaben dann CA und Magna den Verkauf des Steyr Konzerns der Öffentlichkeit und der Belegschaft samt ihren Betriebsräten via Medien bekannt. Nun mag der Verkauf an Magna vorerst ein bißchen plötzlich und unerwartet erscheinen, aber ein Blick hinter die Kulissen wirft ein wenig Licht auf die Angelegenheit. Vor rund einem Jahr wurde das letzte Wort in Sachen Privatisierung der CA gesprochen. Den Zuschlag erhielt die SPÖ-nahe Bank Austria (BA) mit Generaldirektor Randa. Die BA entstand aus einer Fusion der Z-Sparkasse mit der Länderbank, aus der Ex-Kanzler Vranitzky stammte, der sich, wie bereits erwähnt, als wirtschaftlichen Berater Frank Stronach holte. Streicher wiederum ist als Ex-Verkehrsminister und bis dato letzter SPÖ-Bundespräsidentenkandidat auch kein unbeschriebenes Blatt und zählte immer zum engeren Kreis Vranitzkys. Damit noch nicht genug, sitzen sowohl Randa wie auch Vranitzky im Aufsichtsrat des Magna Konzerns, und nun kann man/frau sich an allen fünf Fingern ausrechnen, wie der Steyr Verkauf wahrscheinlich eingedelt worden ist.

Über den vereinbarten Kaufpreis wird sowohl von Magna wie auch der CA der Mantel des Schweigens

gebreitet, jedoch scheinen sich "Insider" und Medien darüber einig zu sein, daß sich der Kaufpreis in einer Größenordnung von 2,5 bis 3 Milliarden Schilling (lt. Salzburger Nachrichten vom 10.1.97) befinden müsse. Dagegen ist jedoch bekannt, daß alle Bereiche bis auf die Steyr Mannlicher GMBH (Herstellung von Schußwaffen) und der 20 %ige Anteil an der Landmaschinenerzeugung, die bereits mehrheitlich an den CASE Konzern verkauft wurde, von Magna übernommen werden. Interessant dabei ist noch die kulminierte Kaufsumme. Als letztes Jahr der Steyr Konzern die 50 % der CA an der Steyr Fahrzeugtechnik (SFT) selbst zurückkaufen wollte, wurde für die 50 % ein Kaufpreis von rund 2,5 Milliarden Schilling veranschlagt („Presse“ vom 22. Mai '97). Wenn man diese Rechnung der „Presse“ zu Ende führt, müßte alleine die SFT einen Wert von rund 5 Milliarden Schilling haben. Dazu kommen dann noch Immobilien, nämlich 1200 Wohnungen im Großraum Steyr und 600.000 m² Grund in Steyr und St. Valentin



Randa und Milliardär Stronach

(Oberösterreichische Nachrichten vom 10.1.98). Rechnet man/frau den Wert dieser Immobilien ganz grob zusammen, kommt man /frau nochmals auf einen Wert von rund 1,5 Milliarden. Vollendet man diese "Milchmädchen"rechnung und zählt nur den Wert der SFT und der Immobilien zusammen, dann ergeben sich daraus schon 6,5 Milliarden. Nun hat Magna aber auch noch die Steyr Spezialfahrzeuge und die Steyr Antriebstechnik gekauft, die bis jetzt in unserer Rechnung noch gar nicht aufscheinen. Entweder alle "Experten" und "Insider" haben sich ziemlich verrechnet, die Medien falsche Zahlen bekanntgegeben oder aber Stronach hat das Geschäft seines Lebens gemacht und einen Pappenstiel für die Übernahme des Steyr-Konzerns bezahlt.

Fritz Klenner

Erfinder der Putschlüge gestorben!

Fritz Klenner, eine zentrale Persönlichkeit der Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit, ist im Dezember '97 in Wien gestorben. Klenner, der einige Publikationen über die österreichischen Gewerkschaften verfaßt hatte, so eine umfangreiche Geschichte des ÖGB, hat sich den Ruf des „Chefideologen“ des ÖGB erworben. Sowohl von seiner „Karriere“ wie auch von seinen ideologischen Leistungen her ist sein Werdegang symbolisch für den ÖGB nach 1945. Fritz Klenner ist der Verfasser der Putschlüge, die die über den ÖGB hinweggehenden (und gegen die sozialpartnerschaftlichen Lohn-Preis-Abkommen gerichtete) Streikbewegung von 1950, an der sich über hunderttausend ArbeiterInnen beteiligten, als „Putsch der KPÖ“ bezeichnete. Die von Klenner ausgebreitete Putschhysterie war Grundlage für die von Olah organisierten bewaffneten Streikbrecherbanden der MBE-Gewerkschaft. Sie war auch entscheidend für die Antikommunistische Stimmung des Nachkriegsösterreich. Klenner gab in den 80er Jahren zu, "keine Beweise für einen KP-Putsch konstruieren (!) zu können". Als einflußreicher ÖGB-Funktionär war Klenner nicht nur maßgeblich für die sozialpartnerschaftliche Ausrichtung des ÖGB (Lohn-/Gehaltserhöhung nur dann, wenn es die wirtschaftliche Entwicklung zuläßt), sondern auch Bankpräsident der ÖGB-Bank Bawag.

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV

Gewerkschaftliche Opposition

Unter dem Titel "Oppositionelle aller Gewerkschaften Europas, vereinigt Euch!" fand am 23.1.98 in Wien eine Veranstaltung mit linken, kritischen GewerkschafterInnen statt. Aus Deutschland waren zwei Vertreterinnen des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV gekommen, aus Österreich waren Vertreter der Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) anwesend.

Die soziale und politische Lage spiegelt sich auch in den Gewerkschaften wider. Immer mehr Mitglieder treten aus. Gleichzeitig entstehen aber auch oppositionelle Gruppen. Z.B. das "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV", das bei der letzten Wahl zum ÖTV-Vorsitz 5 % erhielt.

Angelika Teweleit, Betriebsrätin bei der Lufthansa, Koordinatorin des "ÖTV-Netzwerkes" und Mitglied der SAV, der deutschen Schwesterorganisation der SOV, machte die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Oppositionsarbeit klar. Angesichts von Privatisierungen sowie massivem Stellenabbau und dem Fehlen von Widerstand durch die ÖTV-Führung wird der Zusammenschluß von kämpferischen GewerkschafterInnen immer wichtiger. Karl Fischbacher von der UG unterstützte diesen Aufruf für weitergehende, also auch länderübergreifende Vernetzung. Steffie Nüschke, Betriebsrätin bei den Städtischen Kliniken in Kassel, berichtete von den Erfolgen beim Kampf um die Übernahme der 45 Lehrlinge an den Städtischen Kliniken. Thomas Kerschbaum, Personalvertreter bei der Gemeinde Wien, KIV-UG und Mitglied der SOV, berichtete von der Situation in der Gemeinde Wien, wo Privatisierungen und Deregulierung vorbereitet werden. Eine Reihe von



ÖTV: Widerstand formiert sich

Unternehmensberatungsfirmen überprüfen Verwaltung, soziale Einrichtungen und Betriebe der Gemeinde Wien und werden eine "effiziente Aufgabenkritik" erstellen. Das "bedeutet im Klartext nichts anderes als Personalabbau, Kürzung von Sozialleistungen und schlechtere Leistungen für die WienerInnen".

Ziel dieser Veranstaltung war, den Grundstein für eine internationale Vernetzung linksoppositioneller GewerkschafterInnen zu legen. Das wird umso wichtiger, als sich der "Europäische Gewerkschaftsbund-EGB" als unfähig erweist, internationalen Widerstand gegen Privatisierungen und Verschlechterungen für die arbeitende Bevölkerung zu organisieren.

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV setzt sich ein für:

- ✓ Für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Dienstes zur Sicherstellung gesellschaftlicher Aufgaben
- ✓ Gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften gegen Angriffe, die alle Beschäftigten betreffen
- ✓ Gegen Stellenabbau, Privatisierung und Lohnkürzungen
- ✓ Für 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich; massiver Abbau von Überstunden
- ✓ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: 100 % Westlohn im Osten. Nein zu niedrigeren Einstiegsstarfen
- ✓ Mobilisierung der Mitglieder und Gegenwehr gegen alle Angriffe, wenn nötig bis hin zu politischen Streiks
- ✓ Für „gläserne Tarifverhandlungen“; die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft.
- ✓ Demokratische Diskussion und Entscheidung der Mitglieder über jeden Tarifabschluß
- ✓ Wählbarkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre, Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf das durchschnittliche Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
- ✓ Europaweiter gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften gegen das Europa der Konzerne
- ✓ Gegen jede Form rassistischer und sexistischer Diskriminierung
- ✓ Solidarität und Unterstützung für alle kämpfenden ArbeitnehmerInnen in Deutschland, Europa und international.

Böhler-Ybbstalwerke

Fauler Kompromiß

„Menschen sind wichtiger als Aktien“ - diesen Spruch läßt die SPÖ in ganz NÖ plakatieren - denn es ist Wahlkampf. Daß dieser Spruch andersherum wenigstens ehlicher wäre, zeigt das Beispiel der Böhler-Messer GesmbH. Dort wurde von den 127 Beschäftigten verlangt, eine Einzelvereinbarung zu unterschreiben. Mit dieser Einzelvereinbarung akzeptieren sie ein zwischen Geschäftsführung und Betriebsratsmehrheit ausgehandeltes Kürzungspaket.

Eine Lohnkürzung um 6 % ab einem Sockelbetrag von 10.000 öS und eine Kürzung der Zulagen (Z.B. Schmutz- und Erschwerniszulage-SEG) um 6,2 % werden durchgezogen. Real bedeutet alleine die Kürzung der Zulagen einen Einkommensverlust von 450 bis 600 öS monatlich. Dafür stellt Geschäftsführer Döberl den Beschäftigten ein positives Geschäftsjahr '98 in Aussicht. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten trägt die Maßnahmen mit, denn als Alternative wird von Betriebsleitung und Gewerkschaftsführung nur der Weg zum Arbeitsamt präsentiert. „Die Belegschaft hat hier die moderne Verklawung durch das Kapital erfahren“, meint der Arbeiterbetriebsrat des Gewerkschaftlichen Linksblocks, Robert Käferböck, der die Kürzung nicht mitträgt. Er beklagte auch, daß die Beschäftigten weder einmal von der Gewerkschaftsspitze, insbesondere vom niederösterreichischen ÖGB-Vorsitzenden HÖGER im Stich gelassen wurden.

Unwissenschaftliche, antikommunistische Propaganda

Das Schwarzbuch

Offenbar geistert das Gespenst des Kommunismus noch immer durch den einen oder anderen Kopf, weshalb dieser anlässlich des Erscheinens des "Schwarzbuches des Kommunismus" in Frankreich erneut zu Grabe getragen werden soll. Wie schon beim deutschen "Historikerstreit" geht es dem Herausgeber dieses in Frankreich erschienenen Buches darum, nachzuweisen, daß der Kommunismus von der Dimension des Schreckens her mit dem Nationalsozialismus vergleichbar ist und daß dieser Vergleich zuungunsten des "roten Terrors" ausfalle.

von David Mum, SOV NÖ

Die darauf folgende Debatte konzentriert sich auf zwei Fragestellungen:
 ☞ Ist ein Vergleich zwischen den beiden totalitären Systemen sinnvoll bzw. zulässig?
 ☞ Ist der stalinistische Massenmord aus der kommunistischen Idee notwendigerweise und zwangsläufig erwachsen?

Das "Schwarzbuch des Kommunismus - Verbrechen, Terror, Repression"

Der Herausgeber des Buches, Stephan Courtois, ein Ex-Maoist, der wie viele seiner französischen, an China orientierten Ex-GenossenInnen, ins Lager des rabiaten Antikommunismus wechselte, schrieb das Vorwort des Werkes, zählte die "Opfer des Kommunismus" zusammen und kam auf die Schreckenszahl von 85 Millionen Toten.

Die bemerkenswert offene ausgesprochene Schlussfolgerung ist, daß der Faschismus die (legitime) Antwort des europäischen Kapitalismus auf den Bolschewismus sei.

Dieses Buch steht in einer Reihe von Erscheinungen der letzten Jahre. Vor 10 Jahren begann in Deutschland Ernst Nolte den sogenannten Historikerstreit, indem er meinte, die KommunistInnen hätten alle Menschheitsverbrechen der Nazis - mit Ausnahme der industriellen Massenvernichtung - vorweggenommen. Die bemerkenswert offen ausgesprochene Schlussfolgerung ist, daß der Faschismus die (legitime) Antwort des europäischen Kapitalismus auf den Bolschewismus sei.

In Frankreich hat 1995 Francois Furet sein Buch "Das Ende einer Illusion" geschrieben und wiederum Kommunismus und Nationalsozialismus als zwar verfeindete, aber gleichartige Systeme dargestellt. Der inzwischen verstorbene Furet hätte eigentlich den Hauptteil des Schwarzbuches verfassen sollen. Auch er war vor 1956, dem Jahr der Niederschlagung des Ungarnaufstandes, Mitglied der stalinistischen KP Frankreichs.

Die mörderische Rechnung, die Courtois aufstellt, ergibt sich folgendermaßen:

Er addiert zu politisch motivierten Opfern des stalinistischen Terrors neben Deportationsopfer auch die von Hungersnöten oder die Opfer des Bürgerkriegs. Mit dieser Methode summiert er alle Toten von der

Sowjetunion, über China, den kambodschanischen Völkermord bis zum äthiopischen Regime oder dem politischen obskuren peruanischen Sendero Luminoso und stellt die dadurch ermittelte Zahl von 85 Millionen Toten den 20 Millionen der Nazis gegenüber. Für diesen Vergleich holte er sich allerdings auch die Kritik von seinen Co-Autoren ein. Er vergleicht den nazistischen Rassengezozid mit dem kommunistischen "Klassengezozid" und "untermauert" das mit folgendem oft zitierten Satz:
 "Der Hungertod eines ukrainischen Kulakenkinds, das einer von Stalin absichtlich herbeigeführten Hungersnot zum Opfer fiel, zählt genauso viel wie der Tod eines Judenkinde, das im Warschauer Ghetto von den Nazis ausgehungert wurde."

85 Millionen Opfer des Kommunismus?

Es kann und soll in der Auseinandersetzung mit diesem Buch nicht darum gehen, sich auf die Zahlenan-

gaben der Autoren zu konzentrieren. Trotzdem kann diese nicht unhinterfragt hingenommen werden - nicht um das Ergebnis nach unten zu revidieren, sondern um die Unzulässigkeit der Methode, die angewandt wird, aufzuzeigen. Die Zahlen sind im Grunde genommen eine politisch motivierte Spielerei. Zum Beispiel



Aufrechnungsversuche verharmlosen den faschistischen Terror

werden zu den Opfern des stalinistischen Terrors einfach auch jene des Bürgerkriegs 1918-1920 addiert. Den Bürgerkrieg, der die junge Sowjetunion an den Rand des Zusam-

menbruchs brachte und der das Land und hundertaussende überzeugte RevolutionärInnen, ArbeiterInnen und Bauern und Bäuerinnen das Leben kostete, als Ausdruck der Gewalt der kommunistischen Idee darzustellen, ist jedoch schon deswegen absurd, weil er nicht von den Bolschewiki, sondern den Feinden der Revolution begonnen wurde. Mit dabei waren übrigens 21 imperialistische Armeen.

Unter anderem rangieren weiters unter den Opfern des Kommunismus 35.000 bis 50.000 Tote aus dem Kampf der SandinistInnen, die in Nicaragua gegen die Somoza-Diktatur kämpften. Zunächst ist festzustellen, daß die SandinistInnen eine nationa-



New Yorker Arbeitsamt: So überlegen ist der Kapitalismus!

le Befreiungsbewegung mit verschiedenen Flügeln waren (und sind), die nie von einer kommunistischen Führung dominiert waren und sich heute nach einer Rechtsentwicklung um Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Internationale bemühen. Aber grenzenloser Zynismus ist es, wenn die Opfer der konterrevolutionären, von den USA gesponserten Kontras, die vor allem nicaraguanische BäuerInnen und San-

Daniel Bensaid: "Bei dieser Methode ist es nicht schwer, ein Rotbuch der Verbrechen des Kapitalismus" zu verfassen.

dinistInnen waren, als Opfer des Kommunismus gezählt werden. Bei den 20 Millionen Opfern in der Sowjetunion finden sich 11 Millionen in den Hungersnöten 1921/22 und 1932/33 Umgekommene. Richtigerweise schreibt diesbezüglich Daniel Bensaid: "Bei dieser Methode ist es nicht schwer, ein Rotbuch der Verbrechen des Kapitalismus" zu verfassen, das die Opfer der Plünderungen und Völkermorde in den Kolonien, der Weltkriege, die Opfer von Arbeitsunfällen, Epidemien und Hungersnöte zusammenzählt - und

nicht nur die von gestern, sondern auch die von heute. Allein für das 20. Jahrhundert käme man dabei ohne Schwierigkeiten auf mehrere hundert Millionen Opfer."

Die Opfer der stalinistischen Säuberungen 1936 bis 1938 werden von Mitautor Nicolas Werth mit 690.000 angegeben, die Zahl der Gulaghäftlinge schätzt er auf jährlich 2 Millionen. Diese Zahlen sprechen für sich -

Der Stalinismus war nicht die Weiterentwicklung der Revolution, sondern der Beginn ihrer Vernichtung. Die Etablierung der stalinistischen Diktatur war eine antikommunistische Konterrevolution

es ist nicht notwendig und vor allem geschmacklos, die Schreckenszahl ideologisch motiviert nach oben oder unten zu revidieren.

gen ist dem natürlich, daß der Begriff der Rasse als unwissenschaftlich widerlegt ist. Die Entmachtung einer Klasse oder auch die Abschaffung von Klassen findet nicht durch die Ausrottung der dieser Klasse(n) angehörenden Menschen statt, sondern durch eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Eigentums-, Besitz und Machtstrukturen. Die These vom drohenden Klassen-

genozid rechtfertigt die Aufrechterhaltung von Klassengesellschaften - konkret der existierenden kapitalistischen. Dieser Gedankengang macht den Wert des Buches für die Ideologen, die jetzt das Ende der Geschichte im neoliberalen Kapitalismus sehen, aus.

Die Gleichsetzung von kommunistischer und nazistischer Ideologie ist dabei der wahre Skandal des Buches. Der Terror der Nazis fand im Einklang mit ihrer Ideologie der deutschen "Herrenrasse" statt. Der stalinistische Terror und die politischen Machtstrukturen in der stalinistischen UdSSR standen in direktem Widerspruch zum Marxismus.

Kommunismus = Marxismus = Bolschewismus = Stalinismus?

Die Gleichsetzung von Leninismus und neuerdings auch des Marxismus mit dem Stalinismus, die seit Karl Popper viele Ideologen des Kapitals vorgebracht haben, wird also einmal mehr aufgewärmt. Die antikommunistischen Autoren und Kommentatoren gehen offensichtlich davon aus, daß dies nicht oft genug wiederholt werden kann und präsentieren es bei jeder Gelegenheit als durch "neue Erkenntnisse" untermauerte Wahrheit.

So schreibt Carlos Widmann im Spiegel vom 24.11.1997: "So irrt, wer 'Stalinismus' sagt - oder heuchelt. Lenin und Trotzki, Mao und Deng, Ho und Kim, Ceausescu und Nadschibullah, Mengistu und Pol-Pot, beinahe bis zum peruanischen Indio-Erlöser Abimael Guzman: Die Galerie der Erlauchten markiert einen endlos blutigen leuchtenden Pfad."

Das Aufstellen derlei Entwicklungsketten entpuppt sich bei näherem Hinsehen nicht nur als unwissenschaftlich, sondern ist geradezu eine Verhöhnung der Opfer des Stalinismus. Der Stalinismus war nicht die Weiterentwicklung der Revolution, sondern der Beginn ihrer Vernichtung. Die Etablierung der stalinistischen Diktatur war eine antikommunistische Konterrevolution, ein regelrechter Bürgerkrieg gegen

zum Rotwerden

die kommunistische Bewegung Rußlands und international. Sie erforderte die Auslöschung einer ganzen Generation von kommunistischen RevolutionärInnen.

Trotzdem versteift sich der Spiegel darauf, daß "eine der wichtigsten und am ausführlichsten begründeten Botschaften des französischen Schwarzbuches (...) aber gerade die ist, daß der Stalinismus alles andere als eine Abweichung war."

Was war Stalinismus - logische Folge oder Bruch?

Diese Fragestellungen - war der Stalinismus eine logische Folge, eine Abweichung oder ein Bruch mit der kommunistischen Idee - ist auch die politisch interessanteste und brisanteste. In der öffentlichen Diskussion über das Buch werden dabei auf Seiten der UnterstützerInnen und auf Seite so mancher KritikerInnen einige falsche Argumentationen verwendet.

Die untere Ebene des Niveaus erreicht, wie nicht anders zu erwarten, in Österreich die reaktionäre "Presse" mit ihren Veröffentlichungen. Felix Butschekam schreibt am 2.1.98.: "Offenbar ist für den Intellektuellen das Etikett, unter dem gemordet wird, entscheidend. Das kannte man schon von den Verbre-

vor Gericht (oder an die Wand?) zu stellen.

Auch der zum Standard gewechselte Ex-Kurier-Mann Hans Rauscher stellt fest, daß Nationalsozialismus und Kommunismus beides "Heils- oder vielmehr Wahnideen" sind, "die zwangsläufig zum Verbrechen führen müssen." (28.11.1997) Dieser sieht zwischen den beiden nur einen großen Unterschied: Es ist nicht der



Akzeptieren von kapitalistischen Verbrechen

von den Nazis betriebene industrielle Massenmord, sondern die Tatsache, daß "die Eroberung, Versklavung und Ausrottung anderer Gesellschaften" integraler Bestandteil Hit-

ausschließlich die Täter. Die andere Seite, die der kommunistischen Opfer des Stalinismus, paßt nicht in dieses Bild und existiert für sie auch nicht. Sollten ausgerechnet diese, von denen viele an ihrer Überzeugung festgehalten hatten, mit weniger Recht als KommunistInnen gelten als ihre Peiniger und Verfolger?" (Standard, 15.12.1997)

Roger Martelli, Mitglied des Nationalen Komitees der KPF, hält dem Schwarzbuch folgendes entgegen:

- der Terror ist kein logischer Bestandteil des Kommunismus, wohl aber des Hitlerismus.

Dann behauptet er: "Die kommunistischen Regimes brachen letztendlich von innen her zusammen, weil ihre Taten nicht ihren Werten entsprachen."

Diese Thesen sind symptomatisch für die Ideologen aus dem KP-Lager.

Sie unterscheiden weder grundsätzlich zwischen Stalin und seinen von ihm ermordeten GenossInnen, noch zwischen Stalinismus und Kommunismus. So wie Stalin einer von vielen Kommunisten war, so ist für sie der Stalinismus eine (schreckliche) Spielart des Kommunismus - und nicht eine Antithese zu ihm.

Sowohl bei den Ausführungen Baiers als auch seines französischen Genossen Martellis bleibt bezeichnenderweise Trotzki des öfteren unerwähnt, wenn es darum geht, die Stalinopfer und -kritiker aufzulisten. So schreibt Martelli: "Kamenew, Sinowjew, Lenin kurz vor seinem Tod, Bucharin erkannten später voller Entsetzen, was für ein Ungeheuer die leidenschaftlich erhoffte Weltrevolution, die letztendlich fehlgeschlagen war, gebären konnte." (Volksstimme, 4.12.1997)

Baier: "Es gab sowohl Stalin wie Rosa Luxemburg, Gramsci, Dubcek, Fischer oder Berlinguer." (Standard, 6.12.1997)

Martelli geht in seinen Formulie-

mögliche Spielart oder Abweichung vom Kommunismus und nicht als diesem entgegengesetzt sieht, endet schließlich bei seltsamen Interpreta-

Den stalinistischen Terror ideologisch erklären zu wollen, ist Unfug. Der Stalinismus orientierte seine Praxis an keiner Theorie oder Ideo-

Nur wenn sich die Linke eindeutig vom Stalinismus abwendet und diesen als in Widerspruch zum Marxismus und zu kommunistischen Idealen stehend begreift, kann sie glaubhaft der bürgerlichen Attacke gegen die sozialen Errungenschaften, die es in der Sowjetunion gab und gegen sozialistische Ideen insgesamt entgegenzutreten.

tionen wie Martelli.

Natürlich ist der Terror im Nazismus durch den Rassenwahn ideologisch und praktisch ein integraler Bestandteil, nicht aber im Marxismus und Kommunismus.

Diese Behauptung kann man aber auf den Stalinismus nicht ausdehnen. Und weil die klare Trennlinie zwischen Stalinismus und Kommunismus nicht gezogen wird, gerät die an sich richtige Darstellung von Martelli zu einer Relativierung des Stalinismus. Denn Terror ist sehr wohl ein integraler Bestandteil stalinistischer Regimes.

Völliges Unverständnis

Die Feststellung, der Zusammenbruch des Stalinismus sei dem Unterschied zwischen Werten und Taten zuzuschreiben, zeigt das Unverständnis für die realen Gegebenheiten noch deutlicher.

Hier ist auch der gemeinsame Schwachpunkt der AnhängerInnen und mancher KritikerInnen des Buches. Geht es den einen darum, nachzuweisen, daß der stalinistische Ter-

logie, sondern lieferte immer nachträglich ideologische Rechtfertigungen seiner Praxis.

Der Stalinismus stellt die Herrschaft einer bürokratischen Kaste mit sozialen Eigeninteressen dar. Die Partei- und Staatsbürokraten hatten enorme materielle Privilegien und ordneten das Schicksal der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien im Ausland ihren Bedürfnissen unter, die sie nur mit einer Diktatur etablieren und erhalten konnten. Deshalb stellt der Stalinismus keine Spielart des Kommunismus, sondern das Ergebnis eines Bruches mit kommunistischen Zielen dar. Die stalinistische Menschenschlächterei fand nicht wegen der kommunistischen Idee statt, sondern muß machtpolitisch erklärt werden.

Nur wenn sich die Linke eindeutig vom Stalinismus abwendet und diesen als in Widerspruch zum Marxismus und zu kommunistischen Idealen stehend begreift, kann sie glaubhaft der bürgerlichen Attacke gegen die sozialen Errungenschaften, die es in der Sowjetunion gab und gegen sozialistische Ideen insgesamt entgegenzutreten.

Forderungen wie Le Pen

"Wann kommt endlich das Nürnberger Tribunal des Kommunismus?", fragen die Autoren des Schwarzbuchs. Dies ist eine alte Le Pen Forderung, der nun damit wieder in die Offensive geht. Courtois beklagt auch, daß die "Trauerarbeit bezogen auf die Idee der Revolution noch lange nicht vollendet ist" und klagt an, daß "offen revolutionäre Gruppen aktiv sind und sich ganz legal äußern können."

Die Verbrechen des Stalinismus werden jetzt also herangezogen, um gegen politische Opposition, die eine Systemänderung propagiert, moralisch und letztlich rechtlich vorgehen zu können. Mit diesem ideologischen Beiwerk dient das Buch keiner Aufarbeitung der Geschichte, sondern stellt eine offene Kampfansage der politischen Rechten dar.

Natürlich ist der Terror im Nazismus durch den Rassenwahn ideologisch und praktisch ein integraler Bestandteil, nicht aber im Marxismus und Kommunismus.

chen (!) der 68er Szene her, über die klammheimliche Freude herrschte."

Im Kommentar vom 29.11.97 heißt es pointiert: "Dem Ariernachweis der Nazis entspricht der Kaderzettel der Kommunisten, der über die 'Klassenherkunft' informiert. Die Vernichtung des 'Klassenfeindes' stand immer im Zentrum des Kommunismus, nicht erst seit Stalin, nicht erst seit Lenin, sondern seit Marx und Engels." Die (nicht-existent) Zitate, mit denen Marx oder Engels die Abschaffung von Klassen mit physischer Liquidierung von Menschen gleichsetzen, liefert aber seltsamerweise keiner von der Kommentatoren.

Warum dieses Buch?

Den Sinn und Zweck des Buches für aktuelle Diskussionen zeigt sich im Artikel von Reinhold Smonig in der Presse vom 28.11.98. Dieser schreibt über die "kriminelle Ideologie des kommunistischen Totalitarismus", und unter einem Bild eines Massengrabes der Roten Khmer findet sich die Zwischenüberschrift: "Jospin lobt die KP". Das einzige, was noch fehlt, ist die Aufforderung, Organisationen und Personen, die sich - wie auch immer - positiv auf sozialistische Klassiker beziehen,

lers Weltanschauung war, während sich Stalin und Mao im Wesentlichen auf die Versklavung des eigenen Volks konzentrierten. Besser als mit dieser These hätte die Lächerlichkeit von Aufrechnungen und die Unmöglichkeit, zwei nicht vergleichbare Systeme miteinander zu vergleichen, wohl nicht ausgedrückt werden können. Im Gegensatz zu Herrn Rauscher nehmen wir die Tatsache der systematischen und industriellen Vernichtung von Menschen und Völkern durch die Nazis in seiner historischen Einmaligkeit genauso zur Kenntnis, wie jene des Gulags.

Linke Kritik am Schwarzbuch

Erwartungsgemäß leiteten die Thesen des Herrn Courtois auch in der Linken eine Diskussion ein. In den diversen Veröffentlichungen werden zwar einige Schwachpunkte des Schwarzbuches bloßgelegt, die alternativen Analysen gehen aber auch meist am Kern der Sache vorbei.

Den oben genannten Schwachpunkt der Autoren bezeichnen auch KPÖ-Vorsitzender Walter Baier, wenn er schreibt: "Courtois und Liessmann, die beide den Kommunismus als Jahrhundertverbrechen neben den Nazismus stellen, kennen



Arbeiter für den Sozialismus - verhetzte Idioten und Terroristen?

rungen sogar so weit, zu schreiben: "Stalin war eine herausragende Persönlichkeit dieses Jahrhunderts, und kein Kommunist kann ihn unbeachtet lassen. (!) Aber die Tatsache, daß er eine herausragende Persönlichkeit war, bedeutet nicht, daß er die Wahrheit des Kommunismus war." Wer den Stalinismus nur als

ror aus der kommunistischen Ideologie resultiert, wollen die anderen nachweisen, daß der Terror in Widerspruch zu dieser steht. Das ist zwar richtig, aber nur eine halbe Erkenntnis. Warum wurde er dann aber durchgeführt, aus "Fehlern", "Abweichungen", "tragischen Irrtümern"?

Neues britisches ArbeiterInnenklassenkino

"No Future" im Film

Trainspotting, Carlas Song, Brassed Off - Vertreter des neuen britischen „Working class cinemas“. 16 Jahre konservative Herrschaft gehen nicht spurlos vorüber. Arbeits-, Hoffnungs- und Perspektivenlosigkeit sind die Dreh- und Angelpunkte des neuen britischen Kinorealismus; trotz, ja gerade wegen Tony Blair.

von Martin Birkner
SOV-Wr. Neustadt

Ken Loach's „Carlas Song“ beginnt mit der Rettung einer lateinamerikanischen Frau durch einen britischen Busfahrer vor einem Fahrchein-Kontrollor(!) und endet im nicaraguanischen Bürgerkrieg zwischen sandinistischer Regierung und US-gesteuerten „Contras“. Wie in „Land and Freedom“ entfernt sich Loach von der britischen Insel, der er fast 30 Jahre lang filmerisch die Treue gehalten hatte (mit Meisterwerken wie „Ladybird, Ladybird“, „Riff-Raff“, Kes“) Er bezieht noch offensiver politisch Stellung als in seinen eher „beobachtenden“ frühen Filmen. Berechtigte Kritik wurde laut, der „bekehrte“ Ex-CIA-Agent auf seiten der Sandinisten sei zuviel

des „Guten“. Einige „liberale“ Kritiker verstiegen sich in ihrer „Objektivität“ jedoch in wilde „Propaganda“-Phantasien. Dabei sollte selbst jenen, ausschließlich durch bürgerliche Medien informierten, die Rolle des CIA in diesem Krieg bekannt sein. Und Loach hat einen bemerkenswerten Film gemacht.

Brassed Off

„Brassed Off“ von Regisseur Mark Herman handelt von einer Blasmusikkapelle - allerdings aus dem englischen Norden, wo einst Kohlebergwerke einen bescheidenen Lebensstandard für hunderttausende Menschen sicherten. Dann rentierte sich Kohlebergbau für die Aktionäre plötzlich nicht mehr - es kam Margaret Thatcher. Der Film schwebt im

Spannungsfeld zwischen der Leidenschaft Blasmusik, die die Kapelle bis in die Royal Albert Hall führt, und dem erfolglosen Kampf der Kumpel und ihrer Frauen um Arbeitsplätze, der die Menschen buchstäblich um ihre Existenz bringt. „Brassed Off“ ist ein Abgesang auf den Thatcherismus, der bezeichnenderweise jedoch null Vertrauen in Blair's „New Labour“ hervorbringt. Ein guter kleiner Film über das heutige England der ArbeiterInnenklasse, filmisch leider manchmal in Hollywood-Nähe.

Trainspotting

„Choose life. Choose a job. Choose a career. Choose a family. Choose a fucking big television. Choose washing machines, cars, compact disc players and electrical tin openers.“

Hohn Hodge's Kultfilm „Trainspotting“, nach einer Novelle von Irvine Welsh, ist wohl eines der bezeichnendsten Beispiele für Tristesse der heutigen Jugend - in Schottland. Heroin ist die scheinbare Antwort

auf die nicht einmal sich stellenden Fragen (k)einer Gegenwart. Junkie sein und stolz darauf - oder? Rasante Kamerafahrten, extreme Einstellungen, gute Musik - genug für einen guten Film? „Trainspotting“ belehrt nicht, „Trainspotting“ beschreibt ungeschönt das Nichts, daß einem jungen Menschen in einem unwirtschaftlichen Teil der Welt, von einem unmenschlichen System, geboten wird. Im Gegensatz zu Ken Loach fehlt hier jede offensichtliche politische Positionierung. Die wird dem/der ZuschauerIn überlassen. Und fällt nicht allzu schwer. „There was no such thing as society, and even if there was, I most certainly had nothing to do with it.“



Blasen bis zum bitteren Ende

Kritik an den Zuständen

Gemeinsam ist dem neuen britischen Film das „Nicht-mehr-akzeptieren-wollen“ der herrschenden Zustände. Unter der Tory-Regierung gab's noch die Erwartung einer Verbesserung der Situation durch „New Labour“. Schnell jedoch haben die

Menschen in Britannien erkannt, daß Tony Blair nur die Fortsetzung der konservativen Politik unter anderem Namen betreibt. Die Hoffnung auf ein lebenswertes Leben im „modernen England“ ist - sofern noch vorhanden - mit keiner der etablierten politischen Kräfte mehr verbunden. Neue Allianzen werden sich bilden müssen, und politisch bewußte Regisseure verstehen sich als Teil davon. So hat z.B. Ken Loach eine Dokumentation über den schon über zwei Jahre dauernden Streik der Liverpooler Dockers, „Flickering Flame“ gedreht. Und in Österreich? Da gab's einmal die Arbeitersaga - es war einmal vor langer Zeit.

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von 6S 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtstextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeiterInnen führen.

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdictatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

gegen die imperialistische Ausbeutung der ArbeiterInnen der europäischen EU. Sozial auf gleichem demokratischer

iner Bewegung der Grünen. Wir linke Oppositionsvertretenden und Gewerkschaft-Schulen mit der Gründung Offensive Voritrag sein. iner neuen interInnenbewe-

nötig. Ledigmen können Veränderung ArbeiterInnen- end müssen dem kapitali- system und kämpfen.

EN!

TERMINE

- 9.2. „Familienbesteuerung“ FrauenStammtisch
- 10.2. „12.Februar '34“ OG Wien West
- 17.2. „Japan und Südkorea: Auswirkungen des Börsenkrachs“ OG Wien Ost
- 17.2. „KurdInnen - Volk ohne Zukunft“ OG Wien Süd
- 20.2. „150 Jahre Kommunistisches Manifest“ OG Wien Nord
- 21.2. „Situation von Lehrlingen“ Regionalgruppe OÖ
- 25.2. „Die Aktuelle Situation in der Türkei“ OG Wien Mitte

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? **Komm in eine SOV-Ortsgruppen! Oder ruf uns an: 0222/524 63 10**

Wien

- Ortsgruppe Wien Süd:** jeden Dienstag 19 Uhr
4; „Das Wirtshaus“, Joh. Straußg. 42 (Ecke Schelleing.)
- Ortsgruppe Wien Ost:** jeden Mittwoch 19.30 Uhr
SZ Simmering, Schneiderg. 15
- Ortsgruppe Wien Mitte:** jeden Mittwoch 19 Uhr
7; „Amerlinghaus“ Stiftg.8
- Ortsgruppe Wien West:** jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Club International“
16; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord:

- jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“
2; Arnezhofergasse 8
- GewerkschaftsStammtisch:** jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4
- FrauenStammtisch** jeden 2. und 4. Montag im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

- jeden Samstag 14 Uhr
„Hotel Kiev“ Stelzhammerstraße

Niederösterreich - Wr. Neustadt

- Cafe Einhorn, Singergasse
Termin bei der Redaktion

SOV Abo-Karte

Die **Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV** ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die **SOV** kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!

Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche **Vorwärts** heraus.

Das neue **Vorwärts** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis
- Ein **Vorwärts**-Abo für:
 - 5 Nummern zu 6S 50,- (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu 6S 100,- (inkl. Porto)
 - .. Stück **Vorwärts** zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Ein **Vorwärts**-Förder-Abo für:
 - 5 Nummern zu 6S 100,- (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu 6S 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der **SOV** und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der **SOV** werden!

PSK 8812.733

Kampffonds aktuell



PSK 8812.733
von Ali Kropf



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Dez. bis Feb.: 60.000 6S- davon erreicht: 31,5 %
Besonderer Zeitungverkauf: 17.1. bei den Heimstätten-MieterInnen in Wels 16 Zeitungen und ca. 150 Sondernummern
 Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!



Neues
aus dem
CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI)/ Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Kanada

Sozialistischer Widerstand

Die kanadische Sektion des CWI, Socialist Resistance (SR), stellte mit Wendy Forrest eine Kandidatin für die Wahlen zum Metro Toronto City Council auf. 947 Stimmen erhielt Forrest, die v.a. eines forderte: Eine Stadträtin muß für die Menschen Politik machen, nicht für die Profite, auch wenn er/sie dazu das Gesetz brechen und ein "gesetzeswidriges" (weil nicht im Sinne der Tories) Budget verabschieden muß! Das war das beste Ergebnis für eine marxistische Gruppe außerhalb der NDP (sozialdemokratische Partei) seit den 40er Jahren und ein Ansatz für weitere Arbeit, wie z.B. in der Ontario Koalition gegen Armut (OACP), in der die SR schon lange aktiv ist.

CWI

Treffen des CWI

Ende November tagte die internationale Leitung des CWI. Ausführend wurde die Weltwirtschaft und die Krise in Südostasien diskutiert, wobei sich die TeilnehmerInnen einig waren, daß damit eine weltweite Rezession näher gerückt ist, wahrscheinlich die tiefste der Nachkriegszeit mit weitreichenden sozialen und politischen Konsequenzen. Weiters auf der Tagesordnung: Die Entwicklung der ArbeiterInnenorganisationen in den exkolonialen Staaten sowie ein Erfahrungsaustausch über den Aufbau der Mitgliedssektionen in den einzelnen Ländern. An der Sitzung nahmen auch Gäste anderer politischer Organisationen teil, wie die UIT (Internationale Arbeiterunion), mit der das CWI in einem engen Diskussionsprozeß steht. Weiters waren VertreterInnen der LIT (Internationale Arbeiterliga), der Proposta (linke Strömung in der italienischen PRC), der ITO (Internationale trotzkistische Opposition) und der "Arbeiterstimme" aus Frankreich anwesend.

Kasachstan

Prozeß begonnen

September '97 wurden drei Genossen wegen ihrer politischen Tätigkeit verhaftet, aufgrund konstruierter Anklagen drohen ihnen hohe Strafen. Nach einer Unterbrechung (wegen gesundheitlicher Probleme durch katastrophale Haftbedingungen) wurde der Prozeß am 19.1.98 wieder aufgenommen. Internationale Solidarität und Unterstützung lokaler Gruppen ist groß - Sympathisanten füllten den Saal und umstellten das Gebäude, internationale Solidaritätsserklärungen wurden im Saal verlesen.

Frankreich

"Eßt doch Kuchen..."

So Marie-Antoinette 1789 zu einem ihrer Minister, der auf ihre Frage, warum das Volk auf den Straßen revoltiere, antwortete, das Volk hätte kein Brot. Nun - sollen sie doch Kuchen essen! Französische Arbeitslosenorganisationen machten dieses geflügelte Wort wahr, stürmten als Zeichen des sozialen Protests zahlreiche Nobelrestaurants und setzten damit die Regierung Jospins unter Druck.

von Bernhard Vetter,
SOV Wien Nord

Beständig nährt das bürgerliche Lager das Gerücht, Arbeitslose seien Sozialschmarotzer mit mangelndem Arbeitswillen, und Jobs gäbe es genug, man müsse nur wollen. Daß Arbeitslose mit einem Hungerlohn knapp an der Armutsgrenze abgespeist werden und es viel weniger ausgeschriebene Stellen als Arbeitssuchende gibt, bleibt freilich lieber unerwähnt.

Arbeitslosigkeit = Armut

In Frankreich ist die Situation noch dramatischer als in Österreich. In den Pariser Satellitenstädten liegt die Jugendarbeitslosigkeit teilweise über 30 %, und die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist höher denn je (1.1 Millionen von insgesamt 3.1 Millionen Arbeitslosen). Die Regierung gesteht den Arbeitslosen, den Chômeurs, 2.000 bis maximal 3.000 FF (ca. 4.000-6.000 ATS) monatlich zu. Seit Ende 1997 gibt es massive

Proteste der Arbeitslosen. Nach dem Beispiel ihrer streikenden KollegInnen, die letztes Jahr mit ihren mutigen Arbeitskämpfen europaweites Aufsehen erregten, machen nun die Chômeurs Druck auf die Regierung. Waren die LKW-Fahrer und Renault-ArbeiterInnen schon 1997 aufgefallen, da sie nicht nur gegen geplante Kürzungen im Rahmen der Maastricht-Kriterien und gegen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen demonstrierten, sondern vor allem für Lohnerhöhungen und generelle Verbesserungen, so treffen die Arbeitslosenproteste die Regierung nun gänzlich unvorbereitet. Wer hätte schließlich gedacht, daß Menschen, die um ihr letztes Druckmittel, ihre Arbeitskraft, gebracht worden sind, für ihre Rechte kämpfen würden?

Jospin unter Druck

Die Vorschublorbeeren für Jospins Regierung sind endgültig aufgebraucht. Die Arbeitslosen belagern inzwischen schon wochenlang über

30 französische Arbeitsämter, zehntausende nehmen an Demonstrationen teil, es wurden öffentliche Gebäude besetzt und der Kontakt zu den StudentInnen aufgenommen. Die Unterstützung in der Bevölkerung und damit der Druck auf Jospin ist groß (80 %) - so groß, daß er 3-4 Milliarden Francs zusätzlicher Mittel und eine Arbeitsplatzinitiative versprechen mußte. Doch dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und entspricht in keiner Weise den (notwendigen) Forderungen der Arbeitslosenverbände, die eine sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 4.500 FF (ca. 9.000 ATS) anstreben, was etwa 70 Milliarden Francs kosten würde. Jospin ist in einer schwierigen Situation - einerseits will er die Maastricht Kriterien erfüllen (und das heißt, die Staatsausgaben niedrig halten), andererseits will er in der Regierung bleiben (und da kann er die Proteste nicht völlig ignorieren).

Auch die großen Gewerkschaften haben sich bis jetzt noch keine Lorbeeren verdient: Lediglich die KPF-nahe CGT und die kleine linke SUD unterstützen die Bewegung. GenossInnen aus der französischen



Breite Solidarität mit den Arbeitslosen

Sektion des CWI arbeiten vor allem in und mit der Arbeitslosensektion der CGT und mobilisieren die StudentInnen zu den Protesten. Gemeinsames Material wurde mit der Organisation „Commune“/UIT erstellt. Während des landesweiten LehrerInnenstreiks wurde einer unserer Genossen von der Arbeitslosensektion der CGT als Redner delegiert.

Ein kräftiges Lebenszeichen der (französischen) ArbeiterInnen, das zeigt, daß Widerstand, wenn er organisiert ist, selbst in einer derartig schweren Situation erfolgreich sein kann!

Mexiko

Staatsterror in Chiapas

Chiapas, Mexiko, 22.12.97: Bewaffnete einer paramilitärischen, regierungsnahen Organisation überfallen das Dorf Acteal. Sie erschließen 45 Menschen, SympathisantenInnen der EZLN, die Polizei sieht zu. Während die Zapatisten schon "seit langem friedlich kämpfen" und auf Verhandlungen mit und Zugeständnisse von der Regierung hofften, führt diese den militärischen Kampf fort.

von Lisa Dumhs,
SOV Wien Nord

Seit Monaten führen paramilitärische Banden in Chiapas Überfälle auf Dörfer und Mordanschläge auf AnhängerInnen der EZLN (Nationale Zapatistische Befreiungsarmee), durch. Hunderte wurden getötet, tausende sind auf der Flucht. Die bewaffneten Banden arbeiten eng mit lokalen Machthabern, Polizei und Militär zusammen. Sie erhalten Geld, Waffen, Transportmittel und nehmen deren „Aufträge“ entgegen. Der Anschlag in Acteal wurde vom Präsidenten der Gemeindeverwaltung angeordnet. Ziel der Anschläge ist es, den Einfluß der EZLN, der unter den Indigenas und vor allem in Chiapas stark ist, zu schwächen.

Aufstand 1994

Chiapas war und ist die ärmste Region Mexikos und zugleich das Gebiet mit der höchsten Polizei- und Armeepresenz. Von dort ging '94 der bewaffnete Aufstand der EZLN aus, einer Guerillabewegung, die im wesentlichen von Indigenas getragen wird, aber große Unterstützung in ganz Mexiko hat. Die Bevölkerung Chiapas, meist Indigenas, lebt in

halb-feudalen Zuständen und leidet unter staatlicher Repression. Die soziale Situation ist verheerend: Unterernährung, hohe Analphabetenrate, völlig unzureichende sanitäre Verhältnisse etc. Verschärft noch durch die neoliberale Politik der letzten Jahre, die mit Privatisierung, Marktöffnung für ausländische Konzerne, Massenentlassungen und Lohnverfall für Stadt- wie Landbevölkerung katastrophale Auswirkungen hatte. Höhepunkt und letzter Auslöser für den bewaffneten Aufstand war der Beitritt Mexikos zur NAFTA.

Krieg niedriger Intensität

Seit 1994 kontrolliert und verwaltet die EZLN Teile Chiapas, sie enteignete Großgrundbesitzer und bildete autonome Gemeinderäte - die zapatistische Zone wird allerdings seit 1994 von Polizei und Armee belagert. Während die Regierung mit der EZLN Verhandlungen führte, wurden systematisch „patriotisch gesinnte Individuen“ bewaffnet und sogenannte „Bürgerwehren“ gebildet - die Mörder von Acteal.

Die Empörung über den Massenmord war groß, aber wie ernst die Forderung nach Konsequenzen ist, zeigt die EU: Sie führte die Ge-

sprache mit Mexiko über wirtschaftliche Beziehungen weiter, zog aber die Finanzierung eines Menschenrechtsprojektes in dieser Region zurück!

Was tut die Regierung? Verhaftungen betreffen v.a. Indigenas und Bauern, in der Regierung werden einige längst fällige Um- schichtungen vorgenommen, um Opposition und Öffentlichkeit zu besänftigen, und in Chiapas finden die massivsten Militärationen seit Jahren statt. Die Armee dringt in EZLN-kontrollierte Gebiete vor, angeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung, tatsächlich aber auf der Suche nach Waffen und Mitgliedern der EZLN, wohl mit dem Befehl, Subkommandante Marcos „tot oder lebendig“ zu fassen.

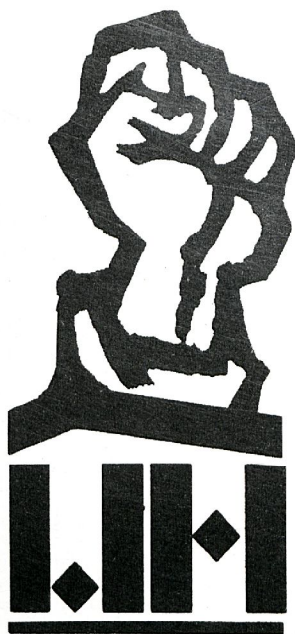
Was tut die EZLN?

Sie rief zu Kundgebungen gegen die Besetzung der zapatistischen Gebiete, für ein Ende der Mordanschläge und für die rechtliche Verfolgung der Verantwortlichen auf. In Chiapas beteiligten sich 5.000, in Mexiko 100.000 an Demonstrationen, auch international fanden Aktionen statt. In Mexiko City wurde für einige Stunden eine Rundfunkstation und die Börse besetzt. Trotz allem setzen die Zapatisten, wie schon seit längerem, weiter auf Verhandlungen und



Terroropfer durch die Herrschenden

die Einsicht offizieller Stellen: Schweizer Vertreter der EZLN überreichten der UNO eine Petition. Sie fordern die Einsetzung einer permanenten, unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Chiapas. Tatsächlich gibt es von dieser Seite keine Unterstützung. Bis heute hat die Regierung keine der getroffenen Abkommen mit der EZLN erfüllt, die Gespräche sind seit 1 1/2 Jahren unterbrochen. Trotzdem änderte die EZLN ihre Taktik nicht, im Gegenteil, die neugegründete FZLN, Nationale Zapatistische Befreiungsfront, soll als politischer Arm der EZLN agieren, deklariert sich aber ausdrücklich nicht als Partei, die politische Macht anstrebt. Genau das wäre aber nötig - eine kämpferische Partei, die die indigene Bevölkerung, die Landlosen und die ArbeiterInnen in den Städten verbindet. Eine sozialistische Partei, die den konsequenten Kampf für eine wirklich andere, eine sozialistische Gesellschaft führt.



Sieg für die MieterInnen

Nachdem die MieterInnen in den Wohnungen der „Heimstätten-Genossenschaft“ seit Jahren unter hohen Mieten, sonderbaren Betriebskostenabrechnungen und teilweise desolaten Wohnungen litten, hat nun die „MieterInneninitiative O.Ö.“ ihre ersten Erfolge zu verbuchen. Das Beispiel zeigt: Widerstand ist machbar - und bringt konkrete Verbesserungen!

von Arnold Gilhofer und Thomas Rappel, SOV Wels

Die Vorgeschichte: Schimmel in den Wohnungen, hohe Mieten und Betriebskosten und eine arrogante Genossenschaftsverwaltung brachten das Faß zum Überlaufen und die MieterInnen der Heimstätten-Wohnungen in der Notzimmle in Wels im September '97 dazu, sich zu organisieren, an die Öffentlichkeit zu gehen und Widerstand zu leisten.

Die Erfolge bisher: MieterInnen mit schimmeligen Wohnungen bekamen neue Wohnungen, und zu Beginn dieses Jahres kam eine Vor-

schreibung der Heimstätte für das Jahr 1998, die viele MieterInnen erst einmal aufatmen ließ. Durch die Berichtigung der Annuitäten (größter Teil der Grundmiete) kommt es zu monatlichen Erleichterungen von 300,- bis 1200,- öS pro Hauspartei. Daß dieser Umstand nicht der Gütmütigkeit der Welscher Heimstätte zuzuschreiben ist, liegt auf der Hand. Vielmehr ist es ein Erfolg konsequenter Proteste der MieterInnen und deren Initiative, die eine Erhöhung - so wie alle Jahre zuvor - verhindert haben.

Für 1998 hat die Mieterinitiative ein großes Programm beschlossen.

Vorrangigstes Ziel ist weiterhin die Senkung der Betriebskosten (Müll, Wasser, Strom etc). Weiters müssen kurzfristig die Service- und Versicherungsverträge genau kontrolliert sowie die Schimmel- und Fenstersanierungen, längerfristig die Generalsanierung der Wohnhäuser durchgeführt werden, ohne die dadurch entstehenden Kosten auf die MieterInnen zu überwälzen.

Das war erst der Anfang!

Die Arbeit der letzten Monate hat gezeigt: Nicht Verhandlungen mit der Heimstätte bringen Erfolge, sondern nur der Druck, den die MieterInnen gemeinsam erzeugt haben. Nun ist es erst recht nötig, weiterzukämpfen - denn es ist noch viel zu tun. Erreicht werden kann das nur gemeinsam! Die Heimstätte versucht seit Monaten, die AktivistInnen zu

spalten - durch Verleumdungen und Beschuldigungen. Aber anstatt diesen nachzugeben, muß die Mieterinitiative nach der Ausdehnung ihres AktivistInnenkreises (auch über die Heimstätten-Wohnungen hinaus) trachten.

Es geht nicht nur um die unmittelbaren Verbesserungen, sondern auch darum, langfristig Veränderungen zu erreichen. Denn solange die Heimstätten-Leitung auf ihrem Posten bleibt, wird sie versuchen, so weiterzumachen wie bisher - und das ist nicht im Sinne der MieterInnen. Vor allem Heimstättenobmann Matejka muß seinen Hut nehmen. Der Spitzenverdiener und Multifunktionär ist bei den MieterInnen äußerst unbeliebt, pflegt Kontakte zu Rechtsextremen und ist als Stapo-Chef eindeutig zu mächtig (eine Kombination, die zumindest eigentümlich anmutet). Daher müssen die MieterIn-

nen nicht nur alle Rechte haben, die Bücher einzusehen, sondern auch die Leitung und Kontrolle ihrer Genossenschaft selbst übernehmen.

Der Hund liegt im System

Das Problem nicht leistbarer Wohnungen ist überall anzutreffen - es liegt nicht nur an der besonders üblen Heimstätten-Verwaltung. Wir sind der Überzeugung, daß MieterInnenunterstützung bzw. zu teure Wohnungen, Wohnungsnot und Spekulation nicht vom Himmel gefallen sind; vielmehr sind sie Ausdruck der profitorientierten Gesellschaft - des Kapitalismus. Die SOV hat sich in den letzten Monaten an der Mieterinitiative beteiligt, weil wir glauben, daß jeder derartige Widerstand unterstützt werden muß. Wir meinen aber auch, daß wir jetzt dabei nicht stehenbleiben dürfen.

Jugend gegen Rassismus - Get active!

Jugend gegen Rassismus in Europa - leider geschieht immer noch so viel, daß der "Vereinszweck" - gegen Rassismus, AusländerInnenfeindlichkeit und Sozialabbau - hochaktuell ist!

von Karin Wottawa, JRE-Bundeskoordination

Wie bereits berichtet führen wir eine Kampagne gegen die rechtsextreme Burschenschaft Olympia durch.

Stoppt die Burschenschaften!

Der Anstoß für die Aktionen war die Nacht von 8. auf 9.11.97, in der einige AktivistInnen von JRE von mehreren Burschenschaftlern brutal niedergeschlagen wurden. Mit einer Demonstration, Flugblattaktionen und Infotischen haben wir auf das rechtsextreme und brutale Treiben der Burschenschaft Olympia aufmerksam gemacht. Derzeit gehen viele AktivistInnen von Jugend gegen Rassismus in der Umgebung der „Bude“

der Burschenschaft von Tür zu Tür, um von den Anrainern Unterschriften zu sammeln. Das Ziel der Unterschriftenaktion ist es, daß die Burschenschaft das Lokal verliert und im Gemeineigentum einer sinnvolleren Verwendung (selbstverwaltetes Jugendzentrum) gewidmet werden soll. Der weitere Höhepunkt der Kampagne wird eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Rechtsextreme Burschenschaft im Bezirk - Wir schlagen Alarm!“ am 29.1.98 mit Bezirksvorsteher Achleitner, einem Vertreter des DÖW und dem

grünen Bezirksrat Diemitz sein.

Gegen rechte Turner

Doch es gibt noch einen weiteren Schandfleck in Mariahilf. Nur einige Gehminuten entfernt findet sich ein Turnsaal des ÖTB. Der ÖTB ist die größte rechtsextreme Verbindung in Österreich und verbreitet unter einem sportlichen Deckmäntelchen ebensolche Propaganda. Schlimm genug, daß viele Jugendliche in der ländlichen Gegend keine andere Möglichkeit haben, um ihren sportlichen Aktivitäten nachgehen zu können (als einen Turnsaal des ÖTB zu benutzen) denn auch SchülerInnen aus Wien, müssen sich in deren Propaganda im ganz normalen Turn-

unterricht belästigen lassen. Für uns Grund genug eine Aktion gegen diesen Mißstand zu veranstalten. Derzeit unterschreiben täglich SchülerInnen und LehrerInnen des BRG 6 Rahlgasse gegen die Betreiber der Turnhalle. Im Sommersemester sind weitere Aktionen geplant, für eine sportliche Zukunft - ohne ÖTB!

Nein zum Rassisten-Car

Auch in unserer Kampagne gegen den rassistischen Autoverleiher in Wien Meidling (er hat einen Auschlag an seinem Betriebsgelände, daß er nicht an „Ausländer“ verkauft, und diese das Gelände nicht betreten dürfen) haben sich einige interessante Neuigkeiten ergeben. Auch einige PolitikerInnen haben sich mit unserer Kampagne solidarisch erklärt und werden bei der Übergabe der vielen hundert Unterschriften, die wir gegen den Besitzer

dieses Betriebs gesammelt haben, dabei sein. Am Ende erwarten wir die Schließung dieses Betriebs - Herr Car!

Jugend hat kuh-tur

Übrigens - wir haben auch kulturell etwas zu bieten. Die JRE Süd veranstaltet ein Kulturprojekt - jeder ist aufgerufen etwas beizusteuern. Du hst tolle Fotos, ein super Bild, eine irre Kurzgeschichte, ein Theaterstück, eine Videoinstallation, ein Kabarettprogramm,... und alles selbst gemacht? Bis jetzt hat sich niemand dafür interessiert? Wir wollen alles - die Präsentation findet am 14. 2.98 im Rotpunkt (5, Reinprechtsdorferstraße 4) statt. Gleichzeitig kommt an diesem Tag auch die neueste Ausgabe der überregionalen SchülerInnenzeitung „FAST ALLES“ heraus.

Also - hinkommen und mitmachen!